Nummer 34 — Stuttgart, 21. August 1920 — 38. Jahrgang

Industriegewerkschaft Metall Vorstand für die Bundesrepublik Deutschland

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Ufermann
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Erklärung!

Nachdem Kollege Richard Müller aus der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschieden ist, wurde an seine Stelle vom Vorstand und Ausschuß des Verbandes der Kollege **Paul Ufermann** aus Düsseldorf neben dem Kollegen **Haase** mit der Redaktion unseres Verbandsorgans betraut.

Die Unterzeichneten erklären bei der gemeinsamen Übernahme der Redaktion folgendes:

Als Organ des Verbandes unterliegt die Metallarbeiter-Zeitung den Beschlüssen des Verbandstages. Der letzte Verbandstag hat in programmatischen Erklärungen den Weg vorgeschrieben, den die Metallarbeiter-Zeitung zu gehen hat. Dieser Weg soll von uns in jeder Beziehung eingehalten werden. Die prinzipiellen Kundgebungen des Verbandstages wurzelten in der sozialistischen Weltanschauung, sie soll Grundlage und Leitstern unseres Handelns sein. Dies zum Ausdruck bringend sollen die Probleme des modernen Zeitalters klar und scharf im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus behandelt werden.

Der letzte Verbandstag sagte in den entscheidenden Sätzen seiner programmatischen Kundgebungen in den angenommenen Resolutionen u. a.:

„Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein. Davon ausgehend sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sichern Siege des Sozialismus zu führen, mündend in die siegreiche Weltrevolution des Proletariats."

In einer anderen Resolution lautet die grundlegende Stelle:

„. . . . Vielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Rätesystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Rätesystem muß alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereinigen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Überleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden."

Im Sinne dieser Resolutionen wird von uns gearbeitet. Jedoch müssen wir hierbei bemerken: Das Rätesystem ist das Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse der Zukunft. Ausgebaut und gegliedert nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten, soll es zu einem Organismus gestaltet werden, der geeignet ist, die Herrschaft der besitzenden Klasse in der Politik sowohl als auch im Wirtschaftsleben abzulösen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Dies kann nur geschehen unter Mithilfe und tatkräftiger Förderung revolutionärer Gewerkschaften. Die Erfassung der jetzigen Betriebsräte und deren Zusammenfassung durch die Gewerkschaften bildet nach unserer Meinung die einzige Möglichkeit, den Betriebsräten, organisch verbunden und vereint mit dem revolutionären Proletariat, über die papiernen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus Rückhalt und Kraft zu verleihen. Losgelöst von den Massen der Arbeiterschaft als Über- und Sonderorganisation können die Betriebsräte ihre revolutionären Aufgaben nicht erfüllen. Das Rätesystem als ein Über-Organisationsgebilde zu schaffen, lehnte der Verbandstag ausdrücklich ab.

Als vornehmes Glied der revolutionären Kampfformationen der Arbeiterklasse bedarf der Deutsche Metallarbeiter-Verband aller seiner fähigen Köpfe, wenn er seine historische Aufgabe erfüllen soll, die ihm gestellt ist. Es ist unmöglich, die Betriebsräte von den Gewerkschaften loszulösen und sie in einer Sonderorganisation zusammenzufassen. Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften die Brennpunkte des Klassenkampfes. Ausgehend hiervon haben wir uns bemüht, die Gewerkschaften auf den Boden des reinen Klassenkampfes zurückzuführen und streben danach, die Macht der Gewerkschaften zu erweitern und zu vertiefen. Wir müssen es deshalb ablehnen, die Gewerkschaften durch Gründung von Überorganisationen zu Kampfgebilden zweiter Klasse zu degradieren. Die Idee der Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum lehnen wir entschieden ab. In diesem Sinne soll von uns in der Frage des Rätesystems gearbeitet werden.

Abweichenden Meinungen aus Kollegenkreisen gegenüber wollen wir Toleranz üben, soweit hierdurch das Prinzip, welches unsere Richtschnur bildet, nicht verletzt wird. Den Verband in seiner heutigen Stärke einig und geschlossen zu halten, soll unser oberster Grundsatz sein. Bei der Zerrissenheit der heutigen Arbeiterbewegung betrachten wir die Gewerkschaftsbewegung als das letzte Bollwerk der einigen Arbeiterklasse; sie zu erhalten sind wir mit allen Mitteln bestrebt. Wir rechnen hierbei auf die Mithilfe aller Kollegen.

Die ungestüme Kraft einer Riesenorganisation, wie sie der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen 1750000 Mitgliedern heute darstellt, soll in der Metallarbeiter-Zeitung ihren beredten Ausdruck finden. Im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen wird die Metallarbeiter-Zeitung eine scharfe Waffe, ein treuer Helfer und Berater sein. Darüber hinaus soll sie einen leuchtenden Wegweiser darstellen, der die deutschen Arbeiter hinausführen soll aus dem heutigen Wirrsal der Knechtschaft und Unterdrückung zur reinen Höhe eines freien Menschentums.

Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung
Paul Ufermann. Paul Haase.

Eisenwirtschaft

Von Hasche.

Wo wie tohop hewt stahn, hat uns noch nüms wat dahn.

Im Stahlhof in Düsseldorf, diesem imposanten äußeren Zeichen der Macht des Stahlwerksverbandes, tagte vom 27. bis 30. Juli der Eisenwirtschaftsbund, der sogenannte Selbstverwaltungskörper Wissell-Möllendorffscher Abstammung für die deutsche Eisenindustrie. Nach dem Willen der Regierung sollten der Stahlwerksverband und das Roheisensyndikat, diese trustartigen Organisationen Deutschlands, in den Eisenwirtschaftsbund aufgehen. Auf diese Weise sollte die Macht der Schwerindustrie gebrochen werden, weil der E.W.B. gebildet wird aus drei Gruppen: Erzeuger, Händler und Verbraucher und jede dieser Gruppen sich je zur Hälfte aus Unternehmern und Arbeitern zusammensetzt. Wer jedoch die „Erzeugerunternehmer" bei der verflossenen Tagung beobachtete, dem wurde auch die Gewißheit, wenn er sie nicht schon hatte, daß die trotzigen Worte im Eingang des Stahlhofes ein Programm bedeuten: „Wo wie tohop hewt stahn, hat uns noch nüms wat dahn." Und sie stehen noch zusammen, pochend auf ihre Macht.

An dieser Sitzung des Eisenwirtschaftsbundes nahmen Vertreter unseres Verbandes zum ersten Male teil, nachdem im wochenlangen Kampf durchgesetzt war, daß der Arbeitsgemeinschaft das Recht genommen wird, Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zum Eisenwirtschaftsbund und Reichswirtschaftsrat zu ernennen. Auf Grund eigenen Rechtes waren unsere Vertreter dort, um soweit es überhaupt möglich, die Interessen der Arbeiterschaft und der ganzen übrigen Bevölkerung zu vertreten, besonders aber auch deshalb, durch gründliches Eindringen in die Materie dem Kampf gegen den Kapitalismus neues Material, neue Waffen zuzuführen.

Die Preisgestaltung in der Eisenindustrie muß aus den Dunkelkammern der Unternehmerkonventikel herausgeholt und in das volle Tageslicht der Öffentlichkeit gerückt werden. Das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht auf diesem Gebiete hat das Gesetz den Betriebsräten vorenthalten, auf dem Weg über den Eisenwirtschaftsbund suchen wir den Kampf dafür aufzunehmen und diese fühlbare Lücke auszufüllen. Das fühlten auch die Unternehmer, denn nur so ist es zu verstehen, daß sie auf unsere Bemerkung, in Zukunft auch Vertreter der Arbeiterschaft aus den Betrieben zu delegieren, den Antrag auf das energischste bekämpften, etwa entstehenden Lohnverlust zu ersetzen. Der Widerstand hat nichts genützt, der Antrag wurde angenommen. Nach diesem Vorspiel kam die eigentliche Arbeit. Am 28. Juli trat in Essen der Roheisenausschuß zusammen, um die neuen Preise festzusetzen. Preisabbau ist das Gebot der Stunde und er muß beginnen bei Kohle und Eisen. Lohnabbau ist den Unternehmern wohl angenehmer, aber diesmal muß das der letzte Schritt nach unten werden.

Die Arbeiterschaft ist, wie bereits oben bemerkt, ebenfalls in Erzeuger, Händler und Verbraucher eingeteilt. Vielleicht sollte ein Gegeneinander-Ausspielen dadurch erreicht werden. Bei Leuten mit bürgerlicher Anschauung mag das noch gelingen, wohingegen unsere Vertreter mit aller Deutlichkeit darauf hinwiesen, daß der Arbeiter in der Industrie nur Lohnempfänger ist; als Mensch ist er nur Verbraucher, aber nicht in industriellem Sinne, sondern letzter Konsument. Davon sich leiten lassend, können Arbeitervertreter nur für möglichst niedrige Preise eintreten. Wenn wir dafür rücksichtslos kämpften, so wird uns der Vorwurf gemacht, daß die Lebensfähigkeit der Industrie herabgemindert wird. Damit ist natürlich die kapitalistische Industrie gemeint, an deren Beseitigung wir mit aller Macht arbeiten.

In der Roheisenindustrie hatte im Beisein von Regierungsvertretern in einigen Betrieben eine Selbstkostenprüfung stattgefunden, welche als Unterlage diente. Es wurden schließlich folgende Verkaufspreise ab 1. August beschlossen:

Hämatit	1910,— ℳ	bisher	2150,50 ℳ
Gießerei-Roheisen I . . .	1660,— „	„	1740,50 „
„ „ III . . .	1659,— „	„	1739,50 „
Siegerländer Stahleisen . .	1610,— „	„	1626,— „
Spiegeleisen 8/10 v. H. . .	1706,— „	„	1706,— „
Ferro-Mangan 50 v. H. .	5655,— „	„	6290,— „
„ „ 80 „ „ .	8735,— „	„	8735,— „
Ferro-Silizium 10 „ „ .	2690,— „	„	2965,— „
Temper Roheisen der Duisburger Kupferhütte, grau, großes Format	1960,— „	„	2200,— „

Die Preise verstehen sich pro Tonne und haben Gültigkeit bis mindestens 31. Oktober, um dem Markt die „notwendige Stabilität" zu geben. In diese Preise ist eingeschlossen eine Steigerung der Kokspreise bis zu 25 ℳ pro Tonne, was einer Verteuerung des Eisens von zirka 42 ℳ pro Tonne entsprechen würde. Doch haben die Unternehmer dieses „Opfer" nicht ohne Gegenleistung bringen wollen und die Regierung hatte deshalb ihren ursprünglichen Preisvorschlag um 10 ℳ pro Tonne erhöht. Für die Kapitalisten bedeutet das auf jeden Fall einen Gewinn. Werden die Kohlen- resp. Kokspreise nicht erhöht (die Erhöhung ist inzwischen abgelehnt), so stecken die Unternehmer diese 10 ℳ in die Tasche. Dabei handelt es sich natürlich um Millionen. Wären die Kohlenpreise erhöht worden, so hätten dabei dieselben Unternehmer ebenfalls gewonnen, da sie gleichzeitig fast alle Kohlenproduzenten sind. Da wir an der Selbstkostenprüfung nicht beteiligt waren, wir uns also für deren Richtigkeit nicht verbürgen konnten, konnten wir auch den neuen Preisen nicht zustimmen.

Der Hauptkampf entbrannte im Inlandsausschuß, welcher die Preise für Walzmaterial bestimmen sollte und am 29. Juli im Stahlhof tagte. Was sich hier abspielte, erfordert die schärfste Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft. Seit der letzten Preisfestsetzung sind infolge verschiedener Umstände die Gewinne der Unternehmer erheblich gestiegen. Beispielsweise brachte die sich bessernde Valuta einen Mehrgewinn von zirka 180 ℳ pro Tonne. Die Verbilligung der Seefrachten betrug über 200 ℳ pro Tonne Erz. Ein erheblicher Abstrich an den bisherigen Preisen war mehr wie gerechtfertigt. Was aber geschehen ist, erläutert folgende Übersicht, in welcher A der bisherige Preis, B der von den Erzeugerunternehmern beantragte, C der von den Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes beantragte, D der von den Verbraucherunternehmern beantragte und E der endgültig beschlossene Preis pro Tonne ist.

	A ℳ	B ℳ	C ℳ	D v. H.	E ℳ
Rohblöcke	2485	2180	2070		2140
Vorblöcke	2655	2300	2185		2260
Knüppel	2725	2405	2285		2365
Platinen	2790	2450	2330		2410
Formeisen	3105	2780	2640	— 12½	2740
Stabeisen	3200	2880	2735	— 12½	2840
Walzdraht	3585	3200	3040		3160
Grobbleche	4040	3635	3455		3595
Mittelbleche	4775	4100	3690	— 15	4060
Feinbleche 1 mm und mehr	4840	4255	3810	— 15	4195
„ unter 1 mm . .	4865	4300	3870	— 15	4260
Bandeisen	3585	3225	3065		3185
Universaleisen	3585	3175	3015	— 10½	3175
S. M. Aust eis	100	75	50	50 ℳ	65

Die Schwerindustriellen erklärten, daß nur ihr Vorschlag (B) in Frage kommen könne. Nichts anderes sei annehmbar, während der Regierungsvertreter die Preise C als ausreichend in Vorschlag brachte. Diese Preise wurden von uns vor der Abstimmung zum Antrag erhoben, weil die Unternehmer trotz wiederholtem Ersuchen gar nicht daran denken, die Unterlagen für ihre Preisberechnung herauszurücken.

Unser Antrag wurde abgelehnt mit 18 gegen 15 Stimmen. Auch zwei Handelsarbeitervertreter stimmten gegen uns und erwiesen sich dadurch als echte Unternehmerknechte: Gatzka vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband und Hunger vom Gewerkschaftsbund der Angestellten. Danach wurde der Vorschlag D mit 21 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Preise sollten um 10½ bis 15 v. H. gegen früher ermäßigt werden. Die nicht verzeichneten Preise erfahren eine entsprechende Veränderung. Gegen diesen Beschluß kündigten die Schwerindustriellen Berufung an beim Wirtschaftsminister und Reichswirtschaftsrat. Die Unternehmer steckten die Köpfe zusammen und wurde der Kompromißantrag E vereinbart. Die Arbeitervertreter wurden nachdem informiert und ersucht, sich dem Antrag anzuschließen. Wir lehnten selbstverständlich den Kuhhandel energisch ab, aber unter Aufhebung des Beschlusses D wurde der Antrag E angenommen mit Hilfe der Christen, Hirsch-Dunckerschen usw. Nur die Vertreter der freien Gewerkschaften stimmten gegen diesen Antrag. Leider gab uns die Verordnung über den E.W.B. keine Möglichkeit, unserseits Berufung einzulegen. Schon die Furcht davor veranlaßte die Unternehmer, uns wie einem kranken Schimmel zuzureden, doch konnte ein Eindruck bei uns nicht erzielt werden. Der energische Kampf dieses Tages endete also mit Preisen, welche wir solange als zu hoch bezeichnen müssen, bis uns das Gegenteil bewiesen ist. Die Arbeiterschaft mag sich für diese, in letzter Linie die Konsumenten schwer schädigenden Beschlüsse bedanken bei unseren **gegnerischen Arbeitervertretern.**

Die Verbraucherunternehmer haben die höheren Preise „vereinbart". Dieselben Unternehmer, welche bei Lohnverhandlungen immer auf die hohen Preise der Rohprodukte hinweisen. Von den Arbeitern wird ihnen zur rechten Zeit gesagt werden müssen, daß ihre Ablehnung der Arbeiterforderungen unter Hinweis auf die teuren Roh- und Halbprodukte ziemlich nahe an Heuchelei grenzt, wenn sie einen ordentlichen Preisabbau verhindern.

Ihre Rechnung war allerdings eine andere. Mit Hilfe der Arbeitervertreter wollten die Herren den Erzeugerunternehmern einen Teil des Profits abjagen, um ihn selber in die Tasche zu stecken. So hatten wir nicht gewettet, denn wir sind nicht Erzeuger- und Verbraucherarbeitnehmer, sondern Arbeiter und Konsumenten. Hier zeigt sich auch die ganze Halbheit der Regierungsmaßnahmen. Wir täuschen uns keinen Augenblick über die beabsichtigte oder unbeabsichtigte Wirkung der ganzen Planwirtschaft, wovon der Eisenwirtschaftsbund ein Teilchen ist. Die beherrschende Stellung in der Eisenerzeugung haben die Unternehmer nach wie vor. Dieselbe ist sogar noch fester geworden, nachdem auch die Vertreter von Arbeiterorganisationen. — Christlicher Metallarbeiterverband, Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein, Deutscher Werkmeisterverband e tutti quanti mit ihnen Arm in Arm marschieren.

Wir werden es uns zu überlegen haben, ob die Arbeit und der Zeitverlust wirklich wert ist, dem Eisenwirtschaftsbund geopfert zu werden. Noch ist nicht das letzte Wort in dieser Sache gesprochen. Die Erfahrungen dieser Tagung haben alle die „Befürchtungen" bestätigt, welche wir bereits auf unserer letzten Betriebsrätesitzung zum Ausdruck brachten. Die Arbeiterschaft Deutschlands aber ist zu bedauern, daß

sie ihre Interessen wirtschaftsfriedlichen Vertretern der „Hand- und Kopfarbeiter" anvertraut. Der Vorwurf, daß wir den Wirtschaftsfrieden störten, rührt uns nicht. Was Frieden! Zwischen den Klassen gibt es keinen Frieden, kann es keinen Frieden geben. Kampf heißt das Losungswort bis zur Beseitigung der privaten Profitwirtschaft.

Solche Aussprüche, wie sie Herr Schleifenbaum, Direktor der Dillinger Hütte, im Saarausschuß am 31. Juli tat: „Unsere Produktekosten, was wir wolen" und „Wir verkaufen soteuer wie möglich" erhellen blitzlichtartig die ganze Situation. Die Herrschaften möchten den Eisenwirtschaftsbund beseitigen — auch wir würden ihm keine Träne nachweinen —, um das bißchen sogenannte Mitreden anderer Faktoren loszuwerden. Dafür ist bei uns die Anschauung einheitlich und fester geworden, daß nur die Beseitigung des Unternehmers in seinen sozialen Funktionen, die Aufrichtung der Gemeinwirtschaft die einzige Möglichkeit ist, eine wirkliche Eisenwirtschaft im Interesse des gesamten Volkes einzuführen. Dazu bedarf es aber der zielklaren und einheitlichen Mitwirkung der ganzen Arbeiterklasse nach dem Haussegen der Eisen- und Stahlgewaltigen: „Wo wie tohop hewt stahn, hat uns noch nüms wat dahn."

Die Wirtschaftslage zu Beginn des Monats August

Die Wirtschaftslage zu Beginn des Monats August wird durch Versteifung des Geldmarktes einerseits und rasches Anwachsen des Umlaufes von Papierzahlungsmitteln gekennzeichnet. In Amerika werden Handelswechsel zu 8 bis 8½ v. H. angeboten. Tägliches Geld wird mit 7 v. H. verzinst. In England ist die Bankrate auf 5¼ angestiegen. Daraus folgt schon zur Genüge, daß die allgemeine Weltgeldmarktlage eine ziemlich versteifte ist. In Deutschland mußte die Reichsbank in der letzten Juliwoche 1 785 000 000 ℳ neue Noten herausgeben und außerdem noch fast 200 Millionen Darlehenskassenscheine, somit insgesamt 1 948 500 000 ℳ neu in Verkehr setzen. Der Gesamtumlauf der Noten erhöhte sich auf 55 768,6 Millionen Mark und der Umlauf der Darlehenskassenscheine auf 13 327,9 Millionen Mark. Die Reichsbank bringt diese Tatsache in Verbindung mit der Nachfrage nach Zahlungsmitteln, hervorgerufen durch die Einbringung der bisherigen Ernte infolge der gestiegenen Arbeitslöhne. In den vorigen Jahren war die Ansteigung des Notenumlaufes gegen Ende Juli bei weitem nicht so groß. Im Jahre 1919 ist der Notenumlauf sogar gegenüber der dritten Juliwoche etwas zurückgegangen, während im Jahre 1918 er um rund 321 Millionen angestiegen ist. Man kann also kaum annehmen, daß die Vermehrung des Notenumlaufes ausschließlich auf die Bedürfnisse der Ernteeinbringung zurückzuführen sei. Wahrscheinlicher ist der Grund wiederum in der Mißwirtschaft des Reiches, dessen Finanzlage sich immer trostloser gestaltet.

Die vor einigen Tagen erschienene Übersicht über die monatlichen Einnahmen des Reiches bis Ende des Rechnungsjahres 1919 ergab, daß die tatsächlichen Einnahmen an Zöllen und Steuern mit 7876 Millionen Mark um nahezu 6 Milliarden hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind. Aus der Gesamtheit der im vergangenen Jahre neu geschaffenen Steuern, deren Aufkommen mit nicht weniger als 9,5 Milliarden Mark in dem Haushalt eingestellt war, ist so gut wie gar nichts in die Reichskasse geflossen. Es ist deshalb begreiflich, wenn das Reich immer wieder in die Pumpwirtschaft verfällt.

Die Folgen davon sind bekannt: ein weiterer Rückgang des Kurses der Mark ist eingetreten. So stellte sich der Devisenkurs in Berlin zu Anfang August und am 9. August:

	2. August	9. August
Amsterdam-Rotterdam	1438,5	1548,5
Brüssel-Antwerpen	344,65	357,15
Christiania	661,80	716,75
Kopenhagen	661,80	714,25
Stockholm	893,1	969,0
Helsingfors	149,80	148,85
Italien	226,75	237,25
London	157,55	169,30
New-York	42,25	46,65
Paris	322,65	335,65
Schweiz	715,25	774,20
Spanien	644,35	696,30
Wien (Altes)	24,72	23,34

Gegenüber dem Gelde aller anderen Länder ist mit Ausnahme von Finnland und Österreich das deutsche Geld im Kurse gesunken. Die Abschwächung des Kurses der finnischen Mark ist wohl auf die Schwierigkeiten in den Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Finnland zurückzuführen. Im übrigen zeigt sich aber, daß das deutsche Geld noch stärker im Sinken begriffen ist als das Geld einiger anderer Länder, beispielsweise Frankreichs. So ist auch der Kurs des französischen Franken in New York von Ende Juli bis zum 7. August von 7,57 Dollar pro 100 Fr. auf 7,33 heruntergegangen und der Kurs der deutschen Mark von 2,80 auf 2,18 gesunken. Wenn auf den Kurs des französischen Franken u. a. wohl auch die militärische Lage Polens gewirkt haben muß, so ist der Niedergang der deutschen Valuta ausschließlich den inneren wirtschaftlichen Verhältnissen zuzuschreiben. Im freien Markt hat sich der Kurs der polnischen Noten in Deutschland bedeutend verschlechtert. Am 2. August betrug die Auszahlung Warschau 22, am 9. August 18 ℳ pro 100 polnische Mark. Der Niedergang der polnischen Mark auch gegenüber der deutschen Mark ist selbstredend auf die militärischen Verhältnisse zurückzuführen.

Was die allgemeine Wirtschaftslage betrifft, so ist für die Lage in Amerika sehr charakteristisch ein Auszug aus einem Privatbrief eines hervorragenden Amerikaners, wie die Frankfurter Zeitung versichert, in dem u. a. folgendes behauptet wird (Frankfurter Zeitung vom 31. Juli 1920 Nr. 560): „Viele Ihrer deutschen, sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen sind in einem fast befremdenden Umfang die gleichen wie bei uns, wenn auch freilich die Dinge in Deutschland schwieriger liegen als in den Vereinigten Staaten. Wir hatten nach dem Waffenstillstand die gleichen Streikepidemien. Hier wie dort ist jetzt ein Konsumstreik von 110 Millionen Verbrauchern gegen die hohen Preise. Infolgedessen leiden auch wir unter einer Geschäftsstockung. Wir haben eine Anzahl bedeutender Zahlungsschwierigkeiten erlebt, von denen Sie kaum etwas gehört haben. So seltsam es klingt, ist es selbst für uns schwer, davon etwas zu erfahren. Die Presse, die heute mehr als je unter großkapitalistischer Kontrolle steht, unterdrückt diese Dinge offenbar, da wir mitten in der Präsidentschaftskampagne stehen und die großen Interessenten nicht wünschen, daß viel über diese Dinge gesagt werde. In der letzten Woche sind zwei sehr große Seidenzwirnereien zusammengebrochen mit Millionen Verbindlichkeiten, ohne daß die Zeitungen etwas gemeldet hätten. Auch über eine große Insolvenz im Pelzhandel ist nichts an die Öffentlichkeit gekommen. Auch höre ich, daß eine Anzahl von Zwangsverwaltungen insgeheim eingesetzt wurden für große Verwaltungen in verschiedenen Branchen, wobei Banken so ernsthaft engagiert waren, daß die Liquidation in Frage kam. Ein Umschwung scheint vorerst nicht zu erwarten."

Übrigens zeigen die Angaben über Roheisenerzeugung in Amerika, daß die Wirtschaftslage gegenüber 1919 sich vielleicht etwas gebessert hat, gegenüber 1918 aber eine bedeutende Verschlechterung eingetreten ist. Nach dem Fachblatt „Iron Age" betrug die Roheisenerzeugung in den Vereinigten Staaten im Juli 3,07 Millionen Tonnen gegen 2,43 Millionen Tonnen im Juli 1919 und 3,42 im gleichen Monat des Jahres 1918. Die tägliche Produktion belief sich im Juni auf 94 000 Tonnen gegen 101 000 Tonnen im Juli, 88 000 Tonnen im Juli 1919 und 113 000 Tonnen im entsprechenden Monat des Jahres 1918. Es befanden sich 293 Hochöfen im Betrieb gegen 302 im Juni und 364 im Juli 1918.

Die Roheisenproduktion in England im Monat Juni betrug 726 000 Tonnen gegenüber 739 000 Tonnen im Mai und 658 000 Tonnen im Juni 1919. Auch hier die gleiche Erscheinung wie in Amerika, eine Abschwächung gegenüber den früheren Monaten, wenn die Produktion auch immer auf einer etwas höheren Basis verläuft als im vorigen Jahre. Im ganzen wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1920 in England 4,14 Millionen Tonnen gegenüber 2,95 Millionen Tonnen Roheisen im Vorjahre und 4,838 Millionen Tonnen gegenüber 4,26 Millionen Tonnen Stahl im Vorjahre erzeugt.

Was die Kohlenproduktion Englands betrifft, so beträgt sie nach dem „Oekonomist" in den Monaten Januar bis April 80 Millionen Tonnen, was einer Jahresproduktion von 240 Millionen Tonnen entspricht gegenüber einer Jahresproduktion von 230 Millionen Tonnen im Vorjahre. Was die Wirtschaftslage Deutschlands betrifft, so hängt sie bekanntlich von der Kohlenproduktion in bedeutendem Maße ab. Die Steinkohlenproduktion stellte sich im ersten Halbjahr 1920 ohne Saarrevier und Pfalz auf 61,89 Millionen Tonnen gegenüber 49,03 Millionen Tonnen 1919 und 84,63 Millionen Tonnen 1913. Braunkohle wurde gewonnen 52,2 Millionen Tonnen gegenüber 45,5 Millionen Tonnen im Vorjahre und 41,9 Millionen Tonnen 1913. Die Koksproduktion stellte sich auf 11,6 Millionen Tonnen gegenüber 9,9 im Vorjahre und 15,06 1913. Briketts aus Braunkohle wurden hergestellt 11,26 gegen 9,20 und 10,30.

Gegenüber 1919 erweist sich also eine Steigerung der Kohlenproduktion, die aber noch bedeutend gegenüber der Kohlengewinnung 1913 zurückbleibt. Es ist deshalb, wie auch infolge der bekannten Verpflichtungen zur Kohlenlieferung an die Entente begreiflich, wenn die Industrie immer mehr an Kohlenmangel zu leiden hat. Immerhin will es so scheinen, daß die Klagen, die jetzt so häufig über Kohlenmangel aus Kreisen der Industrie kommen, entweder politischen Hintergrund haben, um der nationalistischen Agitation gegen die letzten Abkommen in Spa Stoff zu liefern, oder um die erwünschten Stillegungen der Betriebe auf den Kohlenmangel zurückzuführen. Infolge der hohen Preise ist, wie wir schon mehrmals ausgeführt haben, eine Absatzstockung eingetreten. Statt aber eine bedeutende Preisermäßigung vorzunehmen, ziehen es die Unternehmer vor, Betriebseinschränkungen und Stillegungen zu beschließen. Gegenüber den Arbeitern haben sie jetzt eine passende Ausrede, daß sie ungenügend mit Kohle beliefert werden. Übrigens hat sich in der ersten Julihälfte tatsächlich ein Rückgang in der Kohlenförderung bemerkbar gemacht. Betrug die durchschnittliche arbeitstägliche Förderung an der Ruhr im Juni 290 000 Tonnen, so ist sie in der ersten Julihälfte auf 270 000 Tonnen gesunken. Den Hauptgrund bildet die schlechte Ernährung der Bergarbeiter, die das Verfahren der Überschichten ungünstig beeinflußte.

Was die Lage in den verschiedenen Industrien betrifft, so kann man trotz der Preissenkung, die in den letzten Wochen eingetreten ist, keine besondere Besserung konstatieren, und zwar schon aus dem Grunde, weil die Preissenkung relativ sehr gering ist, wie wir mehrmals ausgeführt haben. Die Preise der wichtigsten Artikel, wie Kohle, Eisen usw., stehen auch heute außerordentlich hoch. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fabrikate auf dem Auslandsmarkt hinsichtlich der Preise hat sich, wie die Industrie- und Handelszeitung feststellt, bedeutend verringert. Die Auftragseingänge der elektrotechnischen Industrie sind auf 50 v. H. und mehr zurückgegangen. Umgekehrt will man auf dem Markte der Textilwaren unter dem Einfluß der Preisermäßigung eine bessere Geschäftstätigkeit bemerkt haben. Inwieweit das zutrifft, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Vorläufig stellt die „Rote Fahne" wenigstens für die Lausitzer Industrie eine bedeutende Arbeitslosigkeit auch in der Textilindustrie fest. So wird ihr aus Forst geschrieben, daß dort mehrere Betriebe ganz stilliegen und in den übrigen nur zwischen 2 und 4 Tagen gearbeitet wird. Ähnliches wird aus den anderen Orten der gleichen Gegend berichtet (Nr. 151 vom 8. August).

Was die Lage des Arbeitsmarktes betrifft, so war sie im Juni unverändert ungünstig. Die Gesamtzahl der von der Erwerbslosigkeit betroffenen Personen betrug am 1. Juli 614 000 und am 15. Juli 686 000. Notstandsarbeiten und Torfgewinnung boten nur beschränkte Aufnahmefähigkeit. Der Bergbau konnte ebenfalls nur unerheblich zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen. In allen übrigen Berufsgruppen herrschte im allgemeinen, abgesehen von örtlichen Schwankungen, ein ständig zunehmendes Überangebot an Arbeitskräften.

Lys.

*

Berichtigung.

Zu dem Artikel „Die Wirtschaftslage zu Beginn des Monats Juli" erhalten wir zwei Zuschriften, die einige Zahlenangaben unseres Mitarbeiters richtigstellen. Wir bringen hier die wesentlichsten Teile der Zuschriften zum Abdruck. Die Firma Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke, Abteilung Süddeutsche Kabelwerke Mannheim, teilt mit:

„Wir erhielten die Nr. 29 Ihrer Zeitung vom 17. d. M. zu Gesicht und finden darin auf der ersten Seite am Schlusse der zweiten Spalte eine Notiz über Preiserhöhungen, welche die Verkaufsstelle vereinigter Fabrikanten isolierter Leitungsdrähte G. m. b. H. in Berlin mitgeteilt habe. Die von Ihnen genannten Teuerungszuschläge für die einzelnen Leitungsdrahtsorten sind genau diejenigen, welche für den Monat Juli festgelegt wurden. Allem Anscheine nach sind Ihnen die Teuerungszuschläge, welche im Monat Juni gerechnet wurden, nicht gegenwärtig gewesen, als Sie die betreffende Notiz verfaßten und wir wollen daher nicht verfehlen, Ihnen solche wie folgt mitzuteilen: KGC, KGCW, KJC 1 bis 4 qmm 100 v. H., 6 bis 25 qmm 65 v. H., 35 bis 150 qmm 30 v. H., KGA, KGAW, KJA 1 bis 4 qmm 130 v. H., 6 bis 25 qmm 95 v. H., 35 bis 150 qmm 60 v. H., C G 80 v. H., A G 110 v. H., ASC, AFC, KPL 175 v. H., ASA, AFA 205 v. H., KPC 1 bis 6 qmm 160 v. H., 10 bis 35 qmm 100 v. H., 50 bis 150 qmm 50 v. H., KPA 1 bis 6 qmm 190 v. H., 10 bis 35 qmm 130 v. H., 50 bis 150 qmm 80 v. H., WKC, WKA, KHH, KHK, KSHE und KSHCK 100 v. H.

Wie Sie aus einem Vergleich der Teuerungszuschläge für diese beiden Monate ersehen, sind solche für Monat Juli ermäßigt worden, so daß der erste Satz der betreffenden Notiz nicht richtig ist."

Die Verkaufsstelle Vereinigter Fabrikanten isolierter Leitungsdrähte, Berlin, schreibt:

„In Ihrer Nummer 29 vom 17. Juli ds. Js. befindet sich in dem Aufsatz über „Die Wirtschaftslage zu Beginn des Monats Juli" eine unseren Verband betreffende Notiz, in der es heißt: „Einige deutsche Unternehmer haben es sogar für angemessen erachtet, jetzt noch Preiserhöhungen vorzunehmen ..." Demgegenüber machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Teuerungszuschläge für Juli gegenüber denen des Juni wesentlich herabgesetzt worden sind, und zwar für die wichtigste Leitungssorte KGC in den Querschnitten 1 bis 4 qmm von 100 auf 70 v. H., für Schnüre ASC, AFC, KPL von 175 auf 125 v. H. Entsprechende Herabsetzungen sind auch bei den meisten anderen Leitungsarten vorgenommen worden. Für Lieferungen im Monat August wurde ein weiterer Preisabbau beschlossen, und zwar ist z. B. der Teuerungszuschlag für KGC in den Querschnitten 1 bis 4 qmm von 70 auf 50 v. H., derjenige für Schnüre ASC, AFC, KPL von 125 auf 110 v. H. ermäßigt worden."

Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse

II.

Ehe wir zur Betrachtung der heutigen Krise übergehen, wollen wir noch kurz einer bürgerlichen Theorie gedenken, die auch in Deutschland sehr viele Anhänger fand. Wir meinen die Lehre des englischen Geistlichen und Schriftstellers R. Malthus, der in seinem berühmten Bevölkerungsgesetz gleichzeitig auch die Wirtschaftskrisen behandelte. Dieser bedeutende Mann meinte nämlich, daß die Krisen zur Regulierung der Bevölkerungszahl immer ganz nützlich seien. Nach Malthus nimmt die Bevölkerung eines Landes rascher zu, als die Produktion der Unterhaltungsmittel gesteigert werden kann; und zwar in dem Verhältnis, daß sich erstere in geometrischer Form, also wie 2, 4, 6, 8, letztere aber nur in arithmetischer Form, also wie 1, 2, 3, 4 vermehre. Darin liege eine große Gefahr für die Bevölkerung eines Landes und es sei daher gut, wenn durch periodische Krisen die Eheschließungen und damit die Geburten zurückgingen, während gleichzeitig die Sterblichkeit zunehme infolge der wirtschaftlichen Not, die aus der Krise entsteht.

Die englischen Industriellen begrüßten diese Theorie deshalb so lebhaft, weil sie dadurch auch gegen jeglichen Vorwurf wegen der Krisen eine Entschuldigung hatten. Sie konnten nun wieder ruhiger schlafen, denn die Krisen waren nach Malthus nicht nur nicht schädlich für die gesamte Bevölkerung, sondern sie waren sogar noch nützlich, indem sie ein wirksames Mittel gegen die gefürchtete Übervölkerung darstellten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise war damit glänzend gerechtfertigt. Kein Wunder, daß Malthus nun der ehrenwerteste aller Nationalökonomen war.

Im Gegensatz zu dieser Erklärung der Krisen kennzeichnete Karl Marx die wahren Ursachen derselben, indem er sagt, dadurch „daß eine überschüssige Arbeiterbevölkerung ein notwendiges Produkt der Akkumulation oder Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Übervölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine disponible (zur Verfügung stehende) industrielle Reservearmee, die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eigenen Kosten großgezüchtet hätte." (Siehe „Kapital", Band 1 Seite 596/97.) „Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie," sagt Marx weiter, „die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation beruht auf der beständigen Bildung größerer oder geringerer Absorption (Aufsaugung, und Wiederbildung der industriellen Reservearmee oder Übervölkerung. Dieser eigentümliche Lebenslauf der modernen Industrie, der uns in keinem früheren Zeitalter der Menschheit begegnet, war auch in der Kindheitsperiode der kapitalistischen Produktion unmöglich."

Damit will Marx sagen, daß die industrielle Reservearmee, ebenso aber auch die Krisenerscheinungen, nur der kapitalistischen Produktionsweise eigen, ja sogar die Bedingung für deren Existenz sind und demzufolge auch nicht eher verschwinden können, bis der Kapitalismus selbst abgelöst sein wird durch eine vernünftige, planmäßige Wirtschaftsweise.

Die Planlosigkeit der Produktion in der Vorkriegszeit erlitt während des Krieges eine Unterbrechung, indem der Staat, um die Produktion der Kriegsmittel, ebenso aber auch das Durchhalten in der Heimat zu ermöglichen, mit diktatorischer Gewalt die gesamte Kontrolle an sich riß. Ohne diese Kontrolle wäre unser ganzes Kriegs- und Wirtschaftssystem mit tödlicher Sicherheit schon viel früher zusammengebrochen. Es liegt also hierin eine indirekte Anerkennung des sozialistischen Prinzips durch die alte, kapitalistische Regierung; um die Gesamtheit des Staates zu erhalten, mußten der willkürlichen Produktionsweise Zügel angelegt werden. Viele haben diesen Zustand „Kriegssozialismus" genannt und damit unser Ideal zu mißkreditieren gesucht. Allein dieser Kriegssozialismus war nur ein Zerrbild von dem, was wir unter einer planmäßig organisierten Wirtschaftsweise verstehen.

Unmittelbar nach Beendigung des Krieges hat nun der Kapitalismus alle Hebel in Bewegung gesetzt, seine alte Position wieder einzunehmen, die Lehre des Manchestertums klang wieder in allen bürgerlichen Zeitungen: Nun müsse die private Initiative des Unternehmers den Wiederaufbau unserer Wirtschaft einleiten, wobei er aber durch Eingriffe des Staates nicht zu sehr gehemmt werden dürfe. Durch den völligen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und durch den ungeheuerlichsten aller Friedensverträge an der Durchführung unserer wichtigsten sozialistischen Forderungen gehindert, mußte die Regierung der Revolution zusehen, wie der Kapitalismus eine Position um die andere wieder einnahm, und wenige Monate nach Beendigung des Krieges hatten wir wieder die alte Planlosigkeit und Anarchie, die wildeste Preistreiberei und Spekulation. Und allein dieser Anarchie haben wir auch die gegenwärtige Krise zuzuschreiben. Im Gegensatz zu den Krisen der Vorkriegszeit, die durch Überproduktion auf einzelnen Warengebieten entstanden sind, ist die heutige mehr eine Geldkrise, denn in allen Waren herrscht größter Mangel auf der ganzen Welt. Der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise, ja der ganzen Gesellschaftsordnung, ist noch nie deutlicher in Erscheinung getreten, als gerade heute: Auf der einen Seite großer Warenmangel, der sich in einzelnen Zweigen sogar zu einem Warenhunger zugespitzt hat, und auf der andern Seite Absatzstockung und Arbeitslosigkeit. Auf der einen Seite Plakate und Aufrufe: „Nur Arbeit kann uns retten" und auf der andern Seite werden Hunderttausende von sich anbietenden Arbeitshänden brutal zurückgewiesen und sind zur Untätigkeit verdammt, ihre Besitzer sind mit ihren Familien der Not und dem Elend preisgegeben. Und es ist außerordentlich bezeichnend, daß selbst ein kapitalistisches Blatt, die Frankfurter Zeitung, in ihrer Nr. 427 in einem Artikel: „Nationale und internationale Wirtschaftssünden" folgende Sätze schreibt:

„Ist man sich denn immer noch nicht klar darüber, daß wir nur bei planmäßiger Wirtschaft aus dem Sumpf herauskommen? Die gefährliche Krise, in die wir jetzt hereingeraten sind, sollte doch wenigstens das eine Gute haben: sie sollte auch dem Kurzsichtigsten endlich klarmachen, daß es so nicht weitergehen kann mit dem Draufloswirtschaften. So wenig das unverantwortliche Konsumieren über die Verhältnisse noch länger zu machen ist, so wenig geht es mit dem planlosen Produzieren lediglich nach dem Gesichtspunkt des augenblicklichen größten Profites. Das war in einer gesunden Wirtschaft schon bedenklich und löste Krise über Krise aus, ist aber für einen so todkranken Körper wie unsere Wirtschaft nicht mehr zu ertragen. Das sollten doch auch die begeistertsten Anhänger des Manchestertums allmählich einsehen. Jähe Temperaturschwankungen kann ein geschwächter Organismus nicht aushalten. Darum muß planmäßig gewirtschaftet, darum muß die Valuta in irgendwelcher Weise stabilisiert werden."

Weiter unten fährt genannte Zeitung fort:

„An und für sich sind ja die gegenwärtigen Verhältnisse das Widersinnigste, was man sich denken kann. Die Leute laufen barfuß oder mit zerrissenen Stiefeln und die Schuhfabriken schließen. So ist die innerdeutsche, so ist aber auch die internationale Lage. Planlos wird die Welt regiert, wenn dieses Wort überhaupt erlaubt ist. Steuerlos treibt das schwer havarierte Schiff Europa durch ein Meer von Klippen."

Wir hätten dem hier Gesagten eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, sind aber sehr gespannt, was die neue Regierung unternimmt in der Sache. An ernsthaften Sozialisierungen wird sie noch viel weniger tun als die alte. Es bleibt also der Arbeiterklasse selbst nichts anderes mehr übrig, als zu gegebener Zeit handelnd einzugreifen, denn: „Die Befreiung der Arbeiterklasse von jeglicher Ausbeutung und aus jeglicher Not kann nur das Werk ihrer selbst sein."

Sozlus.

„Richard Müller schürt als erster das Feuer!"

Unter dieser Stichmarke schickt Kollege Müller uns einen Artikel, der in der Hauptsache rein persönlich zugeschnitten ist. Trotzdem bringen wir den Artikel in seinen wesentlichsten Bestandteilen, soweit derselbe Bezug nimmt auf Artikel unseres Organs, die in früheren Nummern erschienen sind. Rich. Müller schreibt:

Die letzten 4 Nummern der Metallarbeiter-Zeitung (28 bis 31) liegen vor mir. Drei Nummern enthalten lange Artikel gegen die Betriebsrätezentrale in Berlin und eine Nummer bringt am Kopfe der Zeitung eine auf bestimmte Zwecke zugeschnittene Notiz. Durch alle Artikel zieht sich wie ein roter Faden der Haß des Verfassers gegen mich. Dieser Haß steigert sich von Nummer zu Nummer und veranlaßt den Verfasser des Artikels in Nr. 31 zu der als Überschrift gewählten Äußerung.

Der Verfasser des Artikels in der Nr. 31: „Gegen Gewerkschaften! Selbständige Betriebsräteorganisation“ behauptet einleitend, daß die Berliner Betriebsrätezentrale mit dem schärfsten Geschütz gegen die Gewerkschaften kämpfe. In den Versammlungen reden die Sendboten der Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften in Grund und Boden. Kein Haar bleibt übrig. Reaktionäre Gewerkschaften! Konterrevolutionäre Gewerkschaften! usw. So behauptet Dißmann und er behauptet auch, der Metallarbeiter-Verband werde „mit allen anderen auf den Scheiterhaufen der Betriebsrätezentrale geschleppt“ und „Rich. Müller schürt als erster das Feuer“.

. . . . Träfen die Anschuldigungen uns gegenüber auch nur zum Teil zu, dann müßte der Vorstand das Ausschlußverfahren gegen mich einleiten. Warum tut er das nicht, oder soll erst der Boden dafür vorbereitet werden? Doch welche Absichten man in Stuttgart hegt, will ich nicht untersuchen, das kümmert mich weniger. Nachdem aber Dißmann solche unerhörte Vorwürfe öffentlich gegen mich erhoben hat, verlange ich, daß er die Unterlagen für seine Anschuldigung bekannt gibt. Dißmann redet von den „Sendboten der Betriebsrätezentrale“, die in Versammlungen die Gewerkschaften in Grund und Boden reden. „Müller schüre als erster das Feuer!“ Ich stelle dem gegenüber fest, daß in Berlin die „Sendboten der Betriebsrätezentrale“ von den Gewerkschaftsfunktionären dauernd gebeten werden, die Gewerkschaften in Versammlungen gegen den Ansturm der syndikalistischen Organisation in Schutz zu nehmen. Würden die Anschuldigungen Dißmanns zutreffen, dann müßte die Berliner Ortsverwaltung schon längst Beschwerde beim Vorstand über das Verhalten der Betriebsrätezentrale eingelegt haben, da in dieser Funktionäre unserer Organisation tätig sind. Hat Dißmann solche Beweise, dann heraus damit, andernfalls sind die Behauptungen als das zu bewerten, was sie in Wirklichkeit sind.

Ich stelle weiter fest, daß die Tätigkeit der Mitglieder der Betriebsrätezentrale außerhalb Berlins sich nur auf einige Versammlungen beschränkt, die wir auf Wunsch übernommen haben. Weiter erlaubt sich Dißmann in seinem Artikel in Nr. 31 in Verbindung mit der Betriebsrätezentrale folgenden Satz: „Für die selbständige Betriebsräteorganisation gilt auch das Zauberwort: Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegefeuer in den Himmel springt!“ Robert Dißmann dringt dies in Verbindung mit den Bestrebungen der Betriebsrätezentrale, die durch die Betriebsräte alle Arbeiter, unbekümmert ihrer politischen und organisatorischen Zugehörigkeit, erfassen will. Das hält Dißmann für „blühenden Unsinn“. Auf welcher Seite der Unsinn liegt, hoffe ich noch nachweisen zu können. Man muß die Bemerkung über das klingende Geld aber weiter betrachten unter Berücksichtigung der Artikel, die früher in der Metallarbeiter-Zeitung erschienen sind. So wird in Nr. 30 in einem Artikel „Die erfaßten Betriebsräte“ behauptet, die Rätezentrale wolle sich nur eine Existenz schaffen. Die Vaterschaft dieses Artikels ist mir nicht zweifelhaft. Durch diese Behauptung unterstellt Dißmann der Betriebsrätezentrale unehrliche Motive. Seine Äußerung muß den Anschein erwecken, als wollten sich die Mitglieder der Betriebsrätezentrale nur eine Existenz verschaffen, dazu brauchen sie Geld und sie nehmen es, wo sie es bekommen.

In den Artikeln, die jetzt die M.-Z. in jeder Nummer über die Zusammenfassung der Betriebsräte bringt, wird fest auf die Betriebsrätezentrale und die Betriebsräteorganisation losgeschlagen. Da wird geschrieben von einer „Diktatur der Führerclique nach dem Muster der Rätezentrale“, von einer „selbständigen Führerorganisation“, von der „Priorität der Zentrale“, von „Organisierten erster und zweiter Klasse“, von den „Überorganisierten und den gewöhnlich Organisierten“, von der „Rätezentrale, die über Partei und Gewerkschaft stehen will“ usw. Daneben macht die M.-Z. noch eine geistige Anleihe bei der „Roten Fahne“, um auch diese als Kronzeugen für ihre Auffassung heranzuziehen.

Die M.-Z. behauptet, sie stehe auf dem Boden des Rätesystems. Auch Dißmann behauptet das. Wenn unsere Kollegen die von mir angezogenen Artikel noch so aufmerksam durchlesen, dann werden sie vergeblich suchen, unter welchen Begriff das Rätesystem der M.-Z. und des Vorstandes des D. M.-V. zu bringen ist. Freilich, allzu viel Klarheit bestand noch nicht über das, was in dem Begriff Rätesystem zusammengefaßt wird. Aber wohl selten dürfte es gelungen sein, durch ein paar Artikel soviel „Wirrwarr“ über diese große Frage anzurichten, wie das jetzt die M.-Z. getan hat. Sie beruft sich in ihrer Nr. 28 auf Kant, Fichte und Hegel und meint, trotzdem vermöge sie Müllers „lapidaren Satz in seiner tiefgründigen Weisheit“ nicht zu ergründen. Einmal stammt der „lapidare Satz“ nicht von mir, sondern ist auf Wunsch der Berliner Gewerkschaftskommission aufgenommen worden, dann aber — und darum ziehe ich diese Äußerung der M.-Z. heran — nützt einem Kant, Fichte und Hegel zur Beurteilung der sozialen Revolution wenig, wenn man nicht auch Karl Marx gelesen und verstanden hat. Die M.-Z. sollte sich klar sein, daß ihr Kampf gegen die Vertreter der Betriebsrätezentrale, von dem wir oben eine Kostprobe herausgenommen haben, letzten Endes ein Kampf gegen den Rätegedanken als solchen ist.

Rich. Müller.

*

Zu den Auslassungen Rich. Müllers bemerken wir folgendes:

Es ist bezeichnend für den früheren Redakteur Müller, eine besondere Mühe darauf zu verwenden, um herauszufinden, wer der Verfasser der verschiedenen Artikel über die Zusammenfassung der Betriebsräte ist. Doch der Zweck dieser Mühe ist offensichtlich. Es gilt, dem Kollegen Dißmann für die erschienenen Artikel die Urheberschaft zuzuschieben, ihn als Person dafür verantwortlich zu machen, um dann nach „bewährter“ Methode Dißmann persönlich angreifen zu können. Nun ist der Kollege Dißmann sicherlich Mannes genug, mit den Angriffen Rich. Müllers und seiner Freunde fertig zu werden. Müller haut vollständig daneben, wenn er Kollege Dißmann verantwortlich macht für alle Artikel, die eine Abweichung von der Meinung Müllers sind und in der M.-Z. erscheinen. Die Redaktion trägt die volle Verantwortung auch für die durch Zeichen kenntlich gemachten Artikel, was auch dem Kollegen Müller bekannt sein wird.

Rich. Müller wirft zunächst die Frage „Einleitung eines Ausschlußverfahrens“ auf, das erfolgen müsse, wenn die Darlegungen der M.-Z. zutreffend wären. Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Die Organisation hat keine Ursache, jemanden die „Märtyrerkrone des Verfolgten“ aufs Haupt zu drücken. Wir vertrauen der gesunden Auffassung, der Erkenntnis unserer Verbandskollegen — auch der heute noch durch die Betriebsrätezentrale irregeleiteten —, die schon dafür sorgen wird, daß die „Arbeit“ der Betriebsrätezentrale auf die Dauer nicht verfängt. Lächerlich ist die weitere Frage Müllers, daß man den Boden für ein Ausschlußverfahren vorbereiten wolle. Viel näher läge zu untersuchen, welcher Boden durch die Tätigkeit der Betriebsrätezentrale vorbereitet wird.

Rich. Müller rühmt von sich und seinen Freunden, daß sie die Syndikalisten entschieden ablehnten. Ja, die Berliner Gewerkschaften habe sie (die Rätezentrale) im Kampfe gegen die Syndikalisten zu Hilfe gerufen. Kein Wunder. Nachdem die ewige Hetze gegen die „reaktionären“ und „konterrevolutionären“ Gewerkschaften, Gewerkschaftsbonzen usw. — schlechthin wird alles in einen Topf geworfen — den Boden schuf für syndikalistische Gewerkschaftszersplitterung, da entbehrt es sicherlich nicht eines gewissen Reizes, um einmal die Rätezentrale aufzufordern, ihren theoretisch ablehnenden Standpunkt gegenüber den Syndikalisten in der Praxis zu vertreten. Das ändert aber nichts an dem steten Kampf, den die Vertreter der selbständigen Betriebsräteorganisation im Lande gegen den A.D.G.B. und damit gegen die Gewerkschaften schlechthin führen. Dieser Kampf mit all seinen Auswüchsen und Übertreibungen hat mit einer sachlich scharfen, aber objektiven und berechtigten Kritik nichts gemein, liefert in seinen Auswirkungen nur den Syndikalisten, Unionisten usw. Wasser auf die Mühle. Eine Nachprüfung von Ort zu Ort bestätigt dieses. Während die freien Gewerkschaften um der Gewerkschaftsbewegung selbst willen den schärfsten Kampf führen gegen die Gewerkschaftszersplitterer (Unionisten, Syndikalisten und andere Schädlinge der Arbeiterbewegung), werden letztere von der selbständigen Betriebsräteorganisation mit offenen Armen empfangen. In verschiedenen Orten sind die Unionisten die besten Sturmgesellen der Betriebsräte. So sieht die Praxis aus, was uns aber durchaus nicht wundert.

Die Sendboten der Betriebsräte sind nach Müller nicht im Lande herumgefahren, höchstens in vereinzelten Fällen. Darüber sind wir nun allerdings etwas besser informiert. Wir zählen zu den Sendboten der Rätezentrale nicht nur Rich. Müller, sondern all die mit ihm am gleichen Strang ziehenden und im Vordergrund stehenden Personen inklusive der diversen Angestellten der selbständigen Betriebsräteorganisation im Lande. (Es gibt bekanntlich nicht nur „Gewerkschaftsbonzen“, sondern auch „Betriebsrätebonzen“, welche immer mehr und mehr in die Erscheinung treten.)

Wie ist der Satz „Sobald das Geld usw.“ zu verstehen? Die Verfechter der Betriebsrätezentrale lehnen es ab, daß die Betriebsräte von den freien Gewerkschaften erfaßt werden. Umgekehrt wollen sie aber in der selbständigen Betriebsräteorganisation alles aufnehmen, Unionisten wie Christliche, Syndikalisten wie Hirsch-Dunckersche, K.A.P.D. wie S.P.D. usw. Mögen die Gegensätze zwischen diesen Gruppen noch so groß sein, mögen zum Beispiel Christliche, Hirsch-Dunckersche u. a. noch so weit vom sozialistischen Standpunkt entfernt bleiben, sie alle finden liebevolle Aufnahme, wenn sie sich bei der selbständigen Betriebsräteorganisation melden und ihre Beiträge an letztere abführen. Diese Widersprüche kennzeichnet der zitierte Satz.

Den Kollegen Dißmann gegen die Unterstellung zu verteidigen, daß er Rich. Müller mit seinem Haß verfolge, ist überflüssig. Bei wem persönlicher Haß zu suchen ist, beweisen die persönlich zugeschnittenen Zeilen Richard Müllers aufs beste.

Mit allem Nachdruck sei jedoch betont, daß dem Kollegen Dißmann wie jedem anderen Verbandskollegen, der sich in verantwortungsvoller Stellung befindet, die unbedingte Pflicht obliegt, die Beschlüsse unserer Organisation zu vertreten, seine ganze Kraft einzusetzen für die Interessen unseres Verbandes und alles zu tun, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung aufrecht zu erhalten.

Aus einer von uns gebrauchten landläufigen Redewendung glaubt Müller die Berechtigung herzuleiten, uns einen unverstandenen Marx vorzuwerfen. Wir brauchen uns nicht dagegen zu verwahren, verweisen aber auf die Schrift Radeks: „Die Entwicklung der deutschen Revolution.“ Radek bescheinigt darin Müller, daß seine Rätegeschichte kein Marxismus sei, sondern Proudhhonismus, er nennt es „Neuproudhonismus“. Proudhon ist, was allgemein bekannt ist, der Gott der Syndikalisten. Auf diese Widersprüche müssen wir bei Gelegenheit noch einmal zurückkommen.

Ein wertvolles Zugeständnis macht Müller mit seinem Satz: „Freilich allzu viel Klarheit bestand noch nicht über das, was in dem Wort Rätesystem zusammengefaßt wird.“ Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung. Sieben Monate hat der Kollege Müller restlos über die Zeitung verfügt, während dieser Zeit hatte er vollauf Gelegenheit, Klarheit zu schaffen. Jeder Kollege wäre ihm dafür dankbar gewesen. Warum wurde keine Klarheit geschaffen? Weil die Rätezentrale bis in die letzte Zeit hinein bestrebt war, ihre wirklichen Absichten zu verschleiern. Es wurde versucht, den Boden für eine selbständige Organisation durch eine unverfängliche Parole vorzubereiten. Wenn nun der Vorstand des D. M.-V. und die M.-Z. Aufklärung schafft über die Gefahr, die der Gewerkschaft durch die Zersetzungstätigkeit der Rätezentrale droht, werden wir kurzerhand der Sabotierung des Rätegedankens verdächtigt. Scheinbar verspricht man sich davon eine gute Parole. Unsere Ansicht über die Zusammenfassung der Räte ist in den Richtlinien des Verbandes niedergelegt. Sie sind klar gehalten und für jeden Kollegen verständlich gewesen, dadurch unterscheiden sie sich wesentlich von Produkten der Rätezentrale, die verschwommen gehalten sind, um dann allerlei Interpretationen einschieben zu können. Kollege Müller kann beruhigt sein, es wird schon Klarheit werden, hoffen wir aber im Interesse des Proletariats, daß dies nicht zu spät geschieht.

Die Kollegen im Reich zur Zusammenfassung der Betriebsräte!

In immer neuen Kundgebungen und Entschließungen kommt zum Ausdruck, daß unsere Verbandskollegen in allen Teilen des Reiches gewillt sind, auf dem Boden der vom erweiterten Beirat unseres Verbandes niedergelegten Richtlinien zur Zusammenfassung der Betriebsräte zu arbeiten. Die Kollegen erkennen, daß eine praktische, fruchtbringende Arbeit der Betriebsräte nur möglich ist, wenn dies innerhalb der Gewerkschaften selbst geschieht. Mit Genugtuung können wir aber auch weiter feststellen, daß in allen Bezirken des Verbandes unsere Mitglieder von dem festen Willen getragen sind, alle Versuche, die dazu angetan sind, einen Keil in unsere Bewegung hineinzutreiben, mit Entschiedenheit abzulehnen. Die Geschlossenheit unserer Organisation ist ein zu kostbares Gut, als daß es durch die Bestrebungen zur „selbständigen Betriebsräteorganisation“ mutwillig aufs Spiel gesetzt werden könnte. Alle „freundschaftlichen“ Beteuerungen der Verfechter einer selbständigen Betriebsräteorganisation, daß man nicht gegen die Gewerkschaften sei, die Gewerkschaften selbst nicht antasten wolle usw., täuschen nicht über die rauhen Tatsachen und Gefahren hinweg, die in einer selbständigen, wirtschaftlichen Betriebsräteorganisation liegen. Die nach der Richtung hin bisher gemachten Erfahrungen reden eine zu deutliche Sprache. Die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse sind die Gewerkschaften, sie auszubauen zur höchsten Vollkommenheit ist unsere Pflicht. Das soll und wird geschehen. Und in dieser wirtschaftlichen Kampforganisation, den Gewerkschaften, sollen die Betriebsräte ihren ebenbürtigen Platz finden, der ihnen die Möglichkeit einer freien Entfaltung ihrer Betätigung sichert.

Von diesen Gedankengängen getragen, nahmen auch in den letzten Wochen die Reichskonferenzen verschiedener Berufe und Industriezweige der Metallindustrie Stellung zur Zusammenfassung der Betriebsräte. Die aus allen Bezirken des Landes erschienenen Delegierten bekundeten auf sämtlichen Konferenzen in einer einmütigen Entschließung ihr Einverständnis mit den Richtlinien des erweiterten Beirats, gewillt, auf dieser Grundlage zu arbeiten, so die Reichskonferenz der Schmiede, der Lokomotiv- und Waggonfabriken und der Orthopädiemechaniker, Bandagisten usw.

Die gleichen einmütigen Kundgebungen kommen aus zahlreichen Verwaltungen des Landes. Wo in einzelnen Orten ein Teil der Kollegen zunächst auf eine selbständige Betriebsräteorganisation festgelegt wurde, wird sicher ebenfalls eine bessere Erkenntnis bald Platz greifen. Ein einheitliches, geschlossenes Zusammenarbeiten aller Glieder unserer Organisation muß erfolgen. Das gebietet das Interesse der Arbeiterklasse.

Betriebsräte, wahret eure Rechte!

Die Kapitalisten sind überall dabei, die Rechte der Betriebsräte abzubauen. Das folgende Schreiben aus dem dunklen Münsterland ist ebenfalls ein Beispiel dafür, wie es gemacht wird. Da sich ähnliche Fälle täglich ereignen, lassen wir das Schreiben hier folgen:

Maschinenbau-Aktiengesellschaft Balke, Abteilung Moll, Neubeckum.

Neubeckum, den 13. Juli 1920.

An den Arbeiter- und Beamtenrat im Hause.

Der Verband Münsterländischer Metallindustrieller, dem wir auch angehören, verlangt und erwartet von uns mit einem Schreiben vom 8. ds. Mts. folgendes grundsätzliches Verhalten der Verbandsfirmen gegenüber ihren Arbeiter- und Beamtenräten. Wir geben dieses Schreiben auszugsweise, soweit wir unser Verhalten gegenüber dem bisherigen ändern müssen, wieder und bitten unseren A- und B.-Rat, hiervon Kenntnis zu nehmen, damit Unstimmigkeiten vermieden werden.

1. Die Sitzungen und Beratungen des A.- und B.-Rats müssen grundsätzlich außerhalb der Arbeitszeit abgehalten werden. 2. Der A.- und B.-Rat hat nicht das Recht, selbständig Bekanntmachungen und Anschläge im Werk zu machen. Die Vornahme des Anschlages innerhalb des Betriebes bedeutet einen Eingriff in die Rechte der Betriebsleitung. Ein solcher Eingriff ist durch § 69 Satz 2 des Betr.-Ges. ausdrücklich untersagt. Will demnach der A.- und B.-Rat eine Bekanntmachung erlassen, so hat er diese der Betriebsleitung vorzulegen, welche sodann den Anschlag veranlaßt. Selbstverständlich kann der A.- und B.-Rat nur Bekanntmachungen und Anschläge durch die Betriebsleitung veranlassen, welche Arbeiter und Beamte in seinem Geschäftskreise angehen, zum Beispiel Einladungen zu Sitzungen des A.- und B.-Rats. Anschläge irgendwelcher Art, welche mit den Befugnissen und Aufgaben des Betriebsrates nichts zu tun haben, zum Beispiel Anschläge politischer oder gewerkschaftlicher Natur, sind unzulässig. 3. Arbeitnehmer, welche den A.- und B.-Rat aufsuchen wollen, um eine Beschwerde anzubringen oder sich sonst beraten zu lassen, haben dieses grundsätzlich außerhalb der Arbeitszeit zu tun. Ausnahmsweise darf der Arbeitnehmer auch während der Arbeitszeit den A.- und B.-Rat aufsuchen, jedoch nur unter der Bedingung, daß er sich bei seinem nächsten Vorgesetzten an- und abmeldet. 4. Die Arbeiter- und Betriebsratsmitglieder sind nicht berechtigt, eigenmächtig Werkstätten oder Büros zu betreten, insoweit sie nicht als Arbeitnehmer dort beschäftigt sind. 5. Mitglieder des A.- und B.-Rats dürfen sich auf keinen Fall in ihre gegenseitigen Angelegenheiten mischen. 6. Die Anrufung des A.- und B.-Rats ist erst zulässig, nachdem die Beschwerde des Arbeitnehmers bei seinem nächsten Vorgesetzten erfolglos geblieben ist. 7. Betriebs- und Beamtenversammlungen innerhalb der Arbeitszeit sind verboten.

Maschinenbau-Aktiengesellschaft Balke, Abt. Moll, Neubeckum.
gez. Ernst Meier.

Aussperrung in der Metallindustrie in der Pfalz

In der Pfalz stehen seit ungefähr 5 Wochen in Ludwigshafen ca. 1500, in Neustadt 300 und seit 14 Tagen in Zweibrücken ca. 1200 Arbeiter im Streik. Die Ursachen des Streiks sind von den Pfälzer Metallindustriellen vorgenommene Lohnabzüge. Da durch verschiedene Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt wurde, haben die Unternehmer mit der Aussperrung gedroht und ist diese Aussperrung zum Teil am Dienstag den 10. August perfekt geworden.

Die Metallarbeiter der Pfalz werden den ihnen aufgezwungenen Kampf unter allen Umständen durchzufechten wissen. Die Löhne in der Pfalz sind seit je niedriger wie im übrigen Deutschland. Die Unternehmer haben nichts gelernt und nichts vergessen und unterscheiden sich in ihrem ganzen Wesen und Allüren durchaus nicht von dem Unternehmertum, wie es uns vor dem Kriege bekannt war. Die pfälzischen Industriellen, die am allerspätesten mit Lohnerhöhungen irgend einer Art vorgegangen sind, wollen den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Ersten bei dem Abbau der Löhne zu sein. Über den Kampf selbst werden wir ausführlich berichten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 22. August ist der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. August 1920 fällig.

*

Bei Bestellung von Ersatz-Mitgliedsbüchern bezw. Ersatz-Mitgliedschaftsausweisen ist vom Besteller der dafür zu entrichtende **Betrag von 2 Mk. für das Mitgliedsbuch, 1 Mk. für den Mitgliedschaftsausweis,** ferner aber **40 Pf. für Porto** mit einzusenden.

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I (wöchentlich Pfennig)	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
Hof	80	—	—	32. Beitragswoche.
Tilsit	80	20	20	36. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Gera:**

Der Dreher Max Voigt, geb. am 27. Oktober 1876 zu Großschirma (29. 9. 17 Gera).

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Trier:**

Der Schlosser Johann Schommer, geb. am 13. April 1874 zu Wittlich (2813).

*

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Kattowitz:**

Der Metallarbeiter Karl Meinert, geb. am 5. Mai 1891 zu Hamburg, Mitgliedschafts-Ausweis Nr. 1,012243, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Luckenwalde:**

Der Metallarbeiter Emil Ritzer, geb. am 26. Febr. 1888 zu Spandau, Buch-Nr. 1,398028, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

*

Anzuhalten und an den Vorstand einzusenden ist:

Mitgliedsbuch Nr. 3,178091, lautend auf den Schlosser Kurt Pösger, geb. am 14. August 1890 zu Werdau. (Crimmitschau).

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Bronzearbeitern** nach Grubmühl und Stockdorf bei München St.;

von **Formern und Gießereiarbeitern** nach Eßlingen (Eßlinger Maschinenfabrik) M.;

von **Gold- u. Silberarbeitern** nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.; nach Leipzig D.;

von **Graveuren und Ziseleuren** nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem K.-A. nicht unterstehen) D.;

von **Metallarbeitern** nach Bremen L.; nach Danzig St.; nach Elbing D.; nach Hennef bei Siegburg St. und A.; nach Lübben (Fa. Riedel) M.; nach Trier L.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Berichte

Feilenhauer.

Düsseldorf. Wir sehen uns veranlaßt, den Betrieb der Firma H. Wildschütz & Co., Düsseldorf, Gneisenaustraße 17, einmal wieder unter die Lupe zu nehmen. Die Firma sucht in fast jeder Nummer der Metallarbeiter-Zeitung Feilenhauer, Schleifer, Härter usw. Trotzdem nun wohl bald allen Berufskollegen in ganz Deutschland die Zustände in diesem Betrieb und besonders die Umgangsformen des Herrn Wildschütz bekannt sind, gelingt es der Firma trotzdem hin und wieder einmal, einen der soviel gesuchten Hauer oder Schleifer zu bekommen. Wie dort mit den Kollegen verfahren wird, mag aus folgendem Fall ersichtlich sein: Die Firma hat vor kurzem einen Werkzeugschlosser angenommen, der sämtliche Werkzeuge und Reparaturen für den ganzen Betrieb auszuführen hatte. Bei der Lohnzahlung brachte es die Firma fertig, dem Kollegen 3,80 M Stundenlohn auszuzahlen. Der Kollege wandte sich an die Organisation, welche die Firma darauf aufmerksam machte, daß unter allen Umständen der tarifliche Lohn zu zahlen sei. Doch da kam man bei der Firma schön an. Sie stellte den Kollegen als vollständig minderwertigen Arbeiter dar, den sie nur aus Menschlichkeitsgefühlen heraus beschäftigte. Daß unter solchen Umständen kein Kollege lange in diesem Eldorado aushält, ist erklärlich. Um nun trotzdem zum Ziel zu kommen, das heißt um Leute zu bekommen, sucht die Firma in der hiesigen bürgerlichen Presse junge Leute, die Lust hätten, die Feilenhauerei zu erlernen. Wenn nun mit älteren Kollegen in eben geschilderter Weise umgegangen wird, kann man sich leicht ein Bild machen, was den jungen Leuten blüht. Wir ersuchen deshalb alle Berufskollegen, den Betrieb bis auf weiteres zu melden, bis es uns gelungen ist, Herrn Wildschütz zu besseren Umgangsformen zu erziehen. Herrn Wildschütz selbst empfehlen wir, sich wenigstens einigermaßen der jetzigen Zeit anzupassen und auch Arbeitern gegenüber auf anständige Umgangsformen zu achten.

Metallarbeiter.

Aschaffenburg. Lehrlingselend in der Aschaffenburger Metallindustrie. Die Aschaffenburger Industriellen haben es bisher immer verstanden, ihren Mantel nach dem Winde zu hängen. Waren die Tarif- und Lohnverhältnisse im Frankfurter Bezirk für sie günstiger, dann neigten sie nach der Seite, zeigte sich da eine Wendung zu ihren Ungunsten, dann wiesen sie nach Bayern. So kam es, daß die Metallarbeiter im Aschaffenburger Bezirk immer in eine Sonderstellung mit ihren Tarifverhältnissen gedrängt wurden. Wenn es im allgemeinen auch immer gelungen ist, durch Verhandlungen die Löhne der Kollegen ins Gleichgewicht mit denen in gleichartigen Wirtschaftsbezirken zu bringen, so blieb dabei doch manches zurück. Als besonders trauriges Kapitel ist hier die Lehrlingsfrage hervorzuheben. Seit langem besteht hier ein großes Überangebot an Lehrlingen für die Metallindustrie, besonders aus ländlichen Orten kommt ein starker Zustrom. Diese Umstände haben die Unternehmer zu ihren Gunsten weidlich ausgenützt. Alle Versuche, auch für die Lehrlinge einige Verbesserungen ihrer Löhne zu erreichen, blieben bisher erfolglos. Die größeren Betriebe bezahlen 10 bis 50 ₰ pro Stunde, je nach der Dauer der Lehrzeit. Die kleinen Krauter bezahlen in der Regel gar nichts. Dabei gibt es hier Betriebe, die 30 Lehrlinge beschäftigen und gar keinen Gehilfen, ein anderer Betrieb hat 60 Lehrlinge und 7 Gehilfen. Wiederholt hat die Organisation hier einzugreifen versucht, immer mußte eine Abhilfe an der Haltung der Unternehmer und auch eines Teiles der Eltern scheitern. Eine kürzlich wieder unternommene Aktion in dieser Richtung zeitigte ein geradezu absonderliches Ergebnis. Während ein Teil der Eltern sehr darauf drängt, für den ungeheuren Aufwand, den sie bei der heutigen Preislage für ihre Söhne haben, doch wenigstens einigermaßen entschädigt zu werden, fragten andere in recht zynischer Weise an, wo es denn geschrieben stehe, daß ein Lehrling entlohnt werden soll für seine Arbeit! Es gibt eben hier Leute, die auch bereit sind, noch zu schmieren, wenn man ihre Söhne nur nimmt. Das trifft besonders für die bäuerlichen Kreise zu. Den Arbeitern, die auf ihren Verdienst angewiesen sind und ihre Söhne in der Metallindustrie haben, wird durch dieses starke Angebot von Lehrlingen vom Lande ihr Bestreben, bessere Löhne oder überhaupt Löhne für ihre in der Metallindustrie beschäftigten Lehrlinge zu erreichen, ungemein erschwert. Die Unternehmer können immer wieder kalt lächelnd erklären: Wir wollen eure Jungen ja gar nicht! Um nun aber nicht wieder abgewiesen zu werden, sind die Eltern in der Regel mit den unwürdigsten Bedingungen einverstanden. Was ergibt sich daraus für die Lehrlinge? Der größte Teil der Lehrlinge wird abgeschoben aus den Betrieben, die nur mit Lehrlingen arbeiten, wenn sie ausgelernt haben, oder besser gesagt, 3 Jahre umsonst gearbeitet haben, denn gelernt haben die meisten ja doch nichts. Die Folge davon ist, daß diese, wenn es ihnen überhaupt gelingt, in einen anderen Betrieb hineinzukommen, erst zu lernen anfangen. In den meisten Fällen kommen die Entlassenen in ihrem Fach gar nicht unter und müssen dann Taglöhner machen. Fast täglich kommen junge ausgelernte Metallarbeiter meist mit Tränen in den Augen und erklären: Jetzt haben wir 3 Jahre umsonst gelernt und werden zum Dank dafür entlassen, daß denn das jetzt? Was soll man ihnen sagen? Betriebsräte gibt es in diesen Lehrlingszüchtereien nicht und gesetzliche Maßnahmen dagegen bestehen ebenfalls nicht. Vorherige Warnungen an die Eltern werden selten berücksichtigt. Die einzige Hoffnung, die man den jungen Leuten machen kann, ist die, daß man ihnen einschärft, mit aller Kraft daran mitzuarbeiten, das ganze privatkapitalistische System so schnell wie möglich mit beseitigen zu helfen, indem sie entschiedene Mitkämpfer werden, denn nur eine sozialistische Wirtschaftsordnung wird einen gerechten Ausgleich der Kräfte ermöglichen, der den einzelnen, wenn er schon einmal lebt, auch mitleben und mitschaffen läßt, ohne daß er, wie das hier der Fall ist, zu den unwürdigsten Bedingungen und in der deprimierendsten Form um sein bißchen Existenz betteln muß, zum Teil, wie das hier geschieht, noch darum betteln oder dafür schmieren muß, damit es der eine oder andere Lehrlingszüchter noch für gnädig erachtet, ihn auszubeuten. Gefühle sind bei dem Profitunternehmertum nicht ausschlaggebend, da gilt nur der eigene Vorteil. Mit dem Eingelegoismus kommen wir aber in der Volkswirtschaft niemals zu gesunden Verhältnissen, deshalb fort mit dem verfehlten System, je schneller, desto besser. Opel.

Konstanz. In letzter Zeit laufen außerordentlich viele Anfragen bei unserer Ortsverwaltung ein über die hiesigen Lebensbedingungen sowie über die Arbeitsmöglichkeiten. Veranlaßt werden dieselben durch Zeitungsnotizen, welche im Reiche kursieren über die angeblichen Grenzerleichterungen. Um die Kollegen, welche beabsichtigen, nach hier zu kommen, vor Enttäuschungen zu bewahren, teilen wir zur Orientierung mit: Die Erleichterung, welche eingetreten ist, ist für die Geschäftsleute da. Die Arbeiter können auf Grund der Valutaverhältnisse sich sowieso nicht den Grenzübergang erlauben. Arbeit ist in der Schweiz nicht vorhanden, sie läßt nicht einmal die deutschen Bergmänner, welche drüben geboren und aufgewachsen sind, herein. Wir in Konstanz haben nur einen Betrieb in der Metallbranche, welcher über 50 Arbeiter beschäftigt, und in den anderen kleineren Betrieben wird verkürzt gearbeitet; bei den Flaschnern, Schlossern, Elektromonteuren ist äußerst schlechte Beschäftigung. Dazu ist Konstanz eine der teuersten Städte des Reiches und der Lohn steht in keinem Verhältnis zu den hiesigen Lebensbedingungen. Wir ersuchen die Kollegen im Reiche, keine Anfragen an unsere Verwaltungsstelle sowie an hiesige Geschäfte zu richten, da sie den noch arbeitenden Kollegen die Lage hierdurch nur erschweren. Die Ortsverwaltung.

Die Überzeugung ist des Mannes Ehre,
Ein Vlies, das keines Fürsten Hand
Und kein Kapitel um die Brust ihm hängt. Gaßner.

Rundschau

Friedrich Engels.

Vor einem Vierteljahrhundert (am 5. August 1895) starb dieser große Denker und furchtlose Kämpfer. In tiefer Verehrung gedenken auch wir dieses edlen Menschen. Ohne Engels hätte Marx nicht die epochemachende Leistung vollbracht, ohne Engels Wirken wäre die heutige Arbeiterbewegung nicht auf die geistige Höhe angelangt, auf welcher sie steht. Mögen unsere Kollegen den 25. Todestag dieses großen Sozialisten zum Anlaß nehmen, um seine klassischen Schriften zu lesen. Da sich im November 1920 der Geburtstag Friedrich Engels zum 100. Male jährt, kommen wir dann ausführlich auf die Bedeutung dieses Kämpfers zurück.

Zum Abzug von gewerkschaftlichen Unterstützungen von der Erwerbslosenunterstützung.

Infolge unterschiedlichen Vorgehens einzelner Kommunen beim Abzug von Unterstützungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern gewähren, wandte sich der Vorstand unseres Verbandes unter dem 16. Juni mit einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister. In dieser Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß Unterstützungen der Gewerkschaften unter keinen Umständen auch nur teilweise abgezogen werden dürften. Darauf ging bei unserem Vorstand folgende Antwort des Reichsarbeitsministeriums ein:

„Die Reichsregierung hat neuerdings beschlossen, die Unterstützungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder zahlen, künftighin nicht mehr auf die öffentliche Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. Ich habe die Regierungen der Länder gebeten, falls bei ihnen keine Bedenken gegen die Durchführung dieses Beschlusses bestehen, die Gemeinden mit entsprechender Weisung zu versehen." J. A.: Klehmet.

Die Errichtung einer Arbeiterakademie

ist an der Universität in Frankfurt a. M. geplant. Nach längeren Verhandlungen stimmte endlich der Kultusminister und nachher auch der preußische Finanzminister dem Vorschlag zu. Die Eröffnung des Lehrbetriebs ist bereits zu Beginn des Wintersemesters in Aussicht genommen.

Die Arbeiterakademie soll als selbständiger Körper in den Universitätslehrbetrieb eingegliedert werden. Gedacht ist eine spezielle Fachausbildung auf einer genügend breiten wirtschaftlichen und kulturellen Bildungsgrundlage. Als höchstes Lehrziel ist in besonderen Fällen von Veranlagung ein Übergang zum eigentlichen Universitätsstudium vorgesehen.

Die Kosten des Lehrbetriebs können durch Zuschüsse des Reiches, des Staats und der Gemeinde aufgebracht werden. Die Kosten für den Lebensunterhalt der vorgeschlagenen Schüler müssen entweder von den einzelnen Organisationen getragen oder von den gesamten Arbeiter- und Angestelltenverbänden aufgebracht werden.

Entsprechend dem Bildungszweck, das heißt je nachdem ob Gewerkschaftsbeamte, Kommunalbeamte usw. herangebildet werden sollen, ist der Lehrplan in eine Anzahl entsprechender Spezialfächer zu gliedern. Für alle Besucher gedacht sind allgemein bildende Vorlesungen und Übungen, wie Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Grundzüge des bürgerlichen und Arbeiterrechts; ferner Privatwirtschaftslehre, Wirtschaftskunde, Sozialpolitik und Nationalökonomie, Vorlesungen und Übungen über Parlamente und Parteien, Zeitungswesen sowie eine Anzahl Themen über Logik, Rechts- und Staatsphilosophie usw. Gleichzeitig sollen den Schülern der Arbeiterakademie alle den Gasthörern und Besuchern der Universität offenstehenden Vorlesungen und Übungen zugänglich sein.

Wir begrüßen diesen Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeiterbildung. Es kann gar nicht genug geschehen, um Proletarier heranzubilden, die die Fähigkeit haben, in die Verwaltungsmaschinerie der Bourgeoisie mit eigener Initiative einzugreifen, um so mehr, als der Zeitpunkt immer näher rückt, wo die Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft wieder zu entscheiden hat. Gegenwärtig werden im Galoppetempo Betriebsräte zu Leuchten der sozialistischen Wissenschaft ausgebildet. So anerkennenswert dieser Eifer ist, so muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß für die sozialistische Wissenschaft nichts verhängnisvoller ist als seichte Halbbildung. Um den Sozialismus, fußend auf der materialistischen Geschichtsauffassung, begreifen zu können, ist angestrengte jahrelange Arbeit notwendig. Wir erwarten allerdings von der Frankfurter Arbeiterakademie, daß der Marxismus nicht etwa als Stiefkind im Lehrplan behandelt wird.

Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn.

Der am 20. Juni vom Internationalen Gewerkschaftsbund verhängte Boykott ist mit dem 8. August aufgehoben worden. Der Boykott wurde bekanntlich wegen dem Wüten des weißen Schreckensregiments in Ungarn ausgesprochen. Die Bestien in Menschengestalt, die gegenwärtig in Ungarn die Regierung in der Hand haben, hatten alle Mittel der Grausamkeiten angewandt, um sich an der ungarischen Arbeiterschaft gegen die Zeit der Räudiktatur zu rächen. Das Solidaritätsgefühl der internationalen Arbeiterklasse verlangte deshalb gebieterisch, eine Aktion gegen dieses Gesindel zu unternehmen. Zum ersten Male trat die Gewerkschaftsinternationale auf den Plan, um mit einem spezifisch proletarischen Kampfmittel in die internationale Politik einzugreifen. Ein erfreulicher Fortschritt auf dem Gebiete internationaler Kampfesformen. Doch hat leider der Boykott nicht die Wirkung ausgeübt, die wir von ihm erwartet hatten. Wohl bekamen die ungarischen Machthaber die Waffe des internationalen Proletariats zu spüren, doch gelang es nicht, sie durch dieses neuartige Mittel gewerkschaftlicher Blockade auf die Knie zu zwingen. Den Hauptstoß hatte die österreichische Arbeiterschaft zu führen und, wir wollen es dankbar anerkennen, sie hat ihre Aufgabe glänzend gelöst. Trotz des Gegenboykotts der magyarischen Konterrevolutionäre haben die österreichischen Arbeiter ausgehalten, obwohl sie große Entbehrungen durch den Gegenboykott zu erleiden hatten. Nicht so auf der Höhe sind nach Zeitungsmeldungen der Boykott der tschechoslowakischen Arbeiterschaft. Hätte auch sie mit allen Mitteln zugegriffen, wäre es vielleicht gelungen, der Herrschaft der Henkerknechte in Ungarn den Garaus zu machen. Trotzdem begrüßen wir diesen Boykott als den ersten Versuch, die Macht der Gewerkschaftsinternationale in die Wagschale der internationalen Politik zu werfen. Arbeiten wir weiter daran, die Internationale fester und geschlossener zu gestalten und die einzelnen angeschlossenen Gewerkschaften mit den revolutionären Ideen des internationalen Kampfes vertraut zu machen.

Vom Ausland

Kongress des dänischen Schmiede- und Maschinenbauer-Verbandes.

Der Kongreß tagte vom 30. Juni bis 5. Juli in Kopenhagen. Als Gäste waren die Vertreter der freien Metallarbeitergewerkschaften aus Deutschland, Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland anwesend.

Der Kongreß wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, J. A. Hansen, eröffnet und gab derselbe nach der Begrüßung der Delegierten und ausländischen Gäste den Bericht des Vorstandes über die letzten drei Jahre. Er teilte mit, daß der Verband zurzeit ungefähr 20 000 Mitglieder umfasse. Es hat sich eine Nebenorganisation gebildet, die etwa 1000 Mitglieder zählt und deren Tätigkeit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sei. Weiter berichtete er über den Tarifvertrag sowie über den Vertrag, der zwischen den Organisationen bei der Generalstreiksituation zu Ostern abgeschlossen wurde. Der letztere Vertrag sei wirtschaftlich sowohl wie politisch ein Entgegenkommen der Forderungen der Arbeiter. Der Gedanke der Industrieorganisation wurde ebenfalls von Hansen berührt. Da sich die Unternehmer in Dänemark auch zentral enger zusammengeschlossen, biete eine einheitliche Industrieorganisation das beste Mittel, um den Unternehmern etwas Gleichwertiges entgegenzustellen.

Zum Schluß beantragte Hansen, daß man dem Vorstand Vollmacht geben solle, den Tarifvertrag bis Februar 1921 zu verlängern. Er ersuchte den Kongreß, dafür zu wirken, daß jede Zersplitterung aus den Reihen der Arbeiter ferngehalten wird, nur durch festen Zusammenschluß könnten sie ihr Ziel erreichen.

Eine zweitägige Diskussion ergab die einstimmige Annahme der Anträge des Vorstandes. Anträge auf Recht und Schutz der Vertrauensleute in den Werkstätten, Aufnahme der Lehrlinge in die Organisation sowie zur Sozialisierungsfrage wurden dem Vorstand überwiesen.

Die Anträge auf Reorganisation des Verbandes wurden einer Kommission überwiesen. Die Kommission stellte den Antrag, den Vorstand anders zusammenzusetzen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder soll von 13 auf 27 erhöht werden. 15 Kollegen, davon 4 Angestellte, haben ihren Wohnsitz in Kopenhagen, die übrigen werden auf die einzelnen Landesteile verteilt. Der Antrag wurde angenommen. Der Beitrag wurde von 75 Öre auf 1,85 Kr. pro Woche erhöht. Die Repräsentantschaft (Beirat), die von sämtlichen Mitgliedern des Landes aus den einzelnen Landesteilen im Verhältnis der vorhandenen Mitglieder gewählt wurde und mindestens einmal im Jahr zusammentrat, wurde bedingungsweise aufgehoben. Zum Abschluß des Tarifvertrages wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß wenn bei dreimaliger Urabstimmung über den Tarifvertrag sich nicht durchschnittlich 55 v. H. der Mitglieder daran beteiligen, die Repräsentantschaft wieder eingeführt wird und der Tarifvertrag durch diese abgeschlossen wird.

Ein Antrag spricht der sozialdemokratischen Partei für ihre bisherige Haltung die Zustimmung des Kongresses aus und erteilt dem Vorstand den Auftrag, dem Wahlfonds der Partei einen Beitrag zuzuführen. Nachdem der Vertreter Schwedens im Auftrage der ausländischen Gäste dem Kongreß seinen Dank für die Gastfreundschaft aussprach, wird derselbe mit einem Hoch auf den Verband und Absingen des dänischen Sozialistenmarsches geschlossen.

Keine Former nach Norwegen!

Unsere norwegische Bruderorganisation ersucht uns, bekanntzugeben, daß dort größere Differenzen ausgebrochen sind und Zuzug unter allen Umständen fernzuhalten ist.

Schweiz.

Die Stempelfabrik Expreß in Bern ist gesperrt. Zuzug von Graveuren, Ziseleuren und Stempelsetzern ist fernzuhalten.

England.

Lohnbewegungen und Streiks im ersten Halbjahr 1920. Vom Januar bis einschließlich Juni d. J. waren 6 507 000 Arbeiter an Lohnbewegungen beteiligt und sie erzielten eine Erhöhung ihrer Wochenlohnsumme um den Betrag von 3 027 900 £. In der Gewerbegruppe Hüttenwerke und Eisen- und Stahlerzeugung umfaßten die Lohnbewegungen 205 000 Arbeiter und das Ergebnis war eine Erhöhung der Wochenlohnsumme um 110 500 £. Im Maschinen- und Schiffbau nahmen 1 198 000 Arbeiter an Lohnbewegungen teil (mehr als in jeder anderen Gruppe) und erzielten wöchentliche Lohnerhöhungen von 421 800 £. In den sonstigen Metallgewerben war die Zahl der an Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter 301 000 und der Gesamtbetrag der Lohnerhöhung 117 900 £. Es ist aber zu bedenken, daß auch in Großbritannien die Kosten der Lebenshaltung noch fortwährend steigen; sie waren Ende März 1920 um 132 v. H. und Ende Juni um 152 v. H. höher als im Juli 1914.

Die Zahl der Arbeitseinstellungen (Streiks und Aussperrungen) betrug vom Januar bis Juni 1920 1004 mit 592 000 beteiligten Arbeitern und einem Verlust von 6 418 000 Arbeitstagen. Die entsprechenden Zahlen für das erste Halbjahr 1919 waren 747 Arbeitseinstellungen, 1 434 000 Beteiligte und 11 677 000 verlorene Arbeitstage. In den Metallgewerben kamen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres 220 Arbeitseinstellungen mit 179 000 Beteiligten und einem Verlust von 2 513 000 Arbeitstagen vor. Vom Januar bis Juni 1919 wurden in dieser Gewerbegruppe 187 Arbeitseinstellungen gemeldet, an denen 282 000 Arbeiter beteiligt waren; infolge dieser Arbeitseinstellungen fielen 4 641 000 Arbeitstage aus. Die Streikbewegung war 1920 in den meisten Gewerbegruppen weniger umfangreich als 1919. H. F.

Eingegangene Schriften

Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. Gewerkschaftliche Probleme im Verband der deutschen Buchdrucker. Von Paul Böttcher. Zweite Auflage. Preis 1,25 M. Verlag „Graphischer Block", Leipzig 1920. Zu beziehen durch die Leipziger Buchdruckerei-A.-G., Leipzig, Tauchaerstraße 19/21.

Gewerbegerichtsgesetz und Kaufmannsgerichtsgesetz. Textausgaben mit der Abänderungsordnung vom 12. Mai 1920 und ihre Begründung sowie Sachverzeichnis. Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9, Linkstr. 16. Preis kart. 4 M und Teuerungszuschlag.

Versicherungsgesetz für Angestellte nebst den Ausführungsvorschriften und Bestimmungen, sämtlichen Kriegsverordnungen und den Verordnungen über das Verfahren. Textausgabe mit Sachregister. Von Dr. K. Lippmann. Gebunden 12 M. Verlag Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin W 10, Genthinerstraße 38.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung.

Anklam. Sprechstunden des Kassierers: Wochentags von 5½ bis 7 Uhr, Sonnabends von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

Rathenow. Alle Sendungen sind zu richten an den Bevollmächtigten Paul Szillat, Jägerstr. 28, 1.

Angestellte gesucht.

Frankfurt a. Oder. Als Geschäftsführer wurde Kollege Brüning gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Königsberg i. Pr. Geschäftsführer, 1. Bevollmächtigter, gesucht. Mit Verwaltung u. Agitation vertraut, rednerisch und organisatorisch befähigt. Gehalt nach d. Stuttgarter Verbandstag mit örtl. Teuerungszuschlägen. Reflektiert wird nur auf allererste Kraft. Bedingung: Mindestens 5jähr. Verbandsangehörigkeit. Gesuche unter Angabe von Alter, Beruf, Familienverhältnisse und der bisherigen Tätigkeit in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung bis spätestens 4. September mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Kollegen Schöttke, Vorderer Roßgerten 61/62.

Rathenow. Zum 1. Bevollmächtigten wurde der Kollege Paul Szillat (Berlin) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

Zuschriften betr. die Arbeitsgesuche sind niemals an die Redaktion, sondern an die inserierende Firma selbst, bei Chiffreinseraten stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Kesselschmiede, Zuschläger, Schmiede gesucht. Wohnung vorhanden. (299
Berlin-Burger-Eisenwerk, A.-G., Burg b. Magdeburg.

Ziseleur, tüchtiger, auf Kunstbronzen per sofort gesucht von (300
Carl Poellath, Erzgießerei Schrobenhausen, Oberbayern.

Wer kann Auskunft geben über den Verbleib des **Theodor Cordy, Schlosser,** geb. 26. Juli 1861 zu Berlin, zuletzt gemeldet in Essen. (300
Mitteilung erbittet die Verwaltungsstelle Göppingen.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.